vinetur

Abgeordneter aus Kalifornien drängt Trump zu besserem Zugang für US-Wein in Indien und Vietnam

Winzer leiden unter schwacher Inlandsnachfrage, verlieren in Kanada an Boden und sehen sich durch Bundespolitik zugunsten importierter Weinbestandteile benachteiligt.

Freitag, 9. Oktober 2026



Ein Abgeordneter aus Kalifornien drängt die Trump-Regierung, sich für einen besseren Zugang für US-Wein in Indien und Vietnam einzusetzen. Er argumentiert, dass amerikanische Winzer durch die schwächere Nachfrage im Inland, geringere Absatzchancen in Kanada und Bundesvorschriften unter Druck gerieten, die importierte Weinbestandteile gegenüber einheimischen Trauben begünstigen könnten.

Rep. James Gallagher, ein Republikaner, der einen Weinbaugebiet umfassenden Wahlkreis in Nordkalifornien vertritt, schrieb einen Brief an den US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer und bat die Regierung, die beiden asiatischen Märkte zur Priorität zu machen. In dem am Donnerstag veröffentlichten Schreiben heißt es, der kalifornische Weinsektor stehe zunehmend unter Druck, während die Lese 2026 sich ihrem Ende nähere und die Erzeuger nach neuen Abnehmern im Ausland suchten.

Gallagher sagte Greer, Branchenvertreter sähen Indien und Vietnam als vielversprechende Wachstumsmärkte für amerikanischen Wein. Aufgrund laufender Zollgespräche und anderer Fragen des Marktzugangs bestünden jedoch weiterhin hohe Hürden. Außerdem bat er die Regierung, sich weiter für die Wiederherstellung des Zugangs zu Kanada einzusetzen, das für US-Weine seiner Aussage nach zu einem deutlich schwierigeren Markt geworden sei.

Das Ersuchen erfolgt, während Washington und Neu-Delhi weiter über eine Ausweitung des bilateralen Handels und den Abbau von Handelshemmnissen verhandeln. Gallagher sagte, diese Gespräche sollten einen stärkeren Einsatz für kalifornischen Wein umfassen, der seiner Ansicht nach bei einer Senkung der Zölle und anderer Beschränkungen wirksam konkurrieren könnte. Die Winzer in seiner Region erzeugten hochwertige Weintrauben, schrieb er, stünden jedoch einem Markt gegenüber, in dem die Politik im Inland aus ihrer Sicht die Verwendung ausländischer Produkte gegenüber in den USA angebauten Trauben erleichtern könne.

Neben dem Zugang zu Exportmärkten bat Gallagher die Regierung, die bundesrechtlichen Kennzeichnungsvorschriften für als amerikanisch verkauften Wein zu überprüfen. Nach den geltenden Vorschriften des Alcohol and Tobacco Tax and Trade Bureau muss Wein mit der Kennzeichnung „United States“ oder „American“ zu mindestens 75 % aus in den USA angebauten landwirtschaftlichen Erzeugnissen

bestehen und vollständig in den USA fertiggestellt werden. Die übrigen 25 % dürfen aus im Ausland erzeugten Zutaten stammen, ohne dass deren Herkunft auf dem Etikett angegeben werden muss.

Gallagher sagte, die Winzer seien der Ansicht, dass dieser Standard die Nachfrage nach kalifornischen Trauben schwäche, den Preisdruck erhöhe und es Verbrauchern erschwere, zwischen Wein zu unterscheiden, der ausschließlich aus amerikanischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellt wurde, und Wein, der importierte Bestandteile enthalte. Er bat den US-Handelsbeauftragten, gemeinsam mit dem Finanzministerium und dem Alcohol and Tobacco Tax and Trade Bureau zu prüfen, ob die Vorschrift geändert werden sollte.

Zudem äußerte er Bedenken zu den bundesrechtlichen Verbrauchsteuererstattungsregeln für importierten Fasswein. Unter bestimmten Umständen können auf importierten Wein gezahlte Verbrauchsteuern erstattet werden, wenn ein anderer Wein als Ersatz ausgeführt wird – selbst wenn auf das ausgeführte Produkt nicht dieselbe Steuerlast entfiel. Gallagher sagte, dieses System könne importierten Fasswein finanziell attraktiver machen als den Kauf von im Inland erzeugtem Wein oder in Kalifornien angebauten Trauben. Er forderte das Handelsbüro auf, die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde bei der Prüfung der Regelung und ihrer Auswirkungen auf amerikanische Erzeuger zu unterstützen.

In dem Schreiben wird außerdem eine Prüfung von Fassweinprodukten aus Kanada gefordert, die laut Gallagher nicht der US-Definition von Wein entsprechen, aber dennoch zoll- und steuerrechtlich wie Wein behandelt werden. Seine Bedenken spiegeln die weiter verbreitete Kritik von Winzern wider, dass Handelspolitik und steuerliche Behandlung den Wettbewerb ebenso stark prägen könnten wie die Verbrauchernachfrage.

Natalie Collins, Präsidentin der California Association of Winegrape Growers, unterstützte Gallaghers Vorstoß. Sie sagte, die Winzer im Bundesstaat arbeiteten in einem äußerst schwierigen Markt und die Bundespolitik sollte es amerikanischen Trauben nicht noch schwerer machen, sich im Wettbewerb zu behaupten. Ihre Äußerungen unterstrichen den Druck auf die Erzeuger nach einer Phase mit

rückläufigem Weinkonsum im Inland und Unsicherheit auf den Exportmärkten.

Das Thema betrifft nicht nur die Traubenerzeuger, denn jede Änderung beim Marktzugang, bei der Kennzeichnung oder der steuerlichen Behandlung könnte sich darauf auswirken, wie Wein in der gesamten Getränkeindustrie bezogen, verschnitten, bepreist und vermarktet wird. Ein erleichterter Zugang zu großen Auslandsmärkten wie Indien könnte eine neue Nachfrage nach US-Erzeugnissen schaffen, während strengere Vorschriften für importierten Fasswein oder die Herkunftskennzeichnung den Wettbewerb zwischen inländischem und ausländischem Angebot im Weinhandel verändern könnten. Importeure, Weingüter, Händler und Einzelhändler könnten von Maßnahmen der Regierung zu Gallaghers Forderungen betroffen sein.

Gallagher sagte, Washington müsse jetzt handeln, statt einen ohnehin schwachen Markt weiter zu belasten. Die Bundespolitik sollte den Winzern in Kalifornien seiner Ansicht nach im Inland fairere Chancen verschaffen und ihnen zugleich helfen, mehr amerikanischen Wein im Ausland zu verkaufen. Das Büro des US-Handelsbeauftragten äußerte sich zunächst nicht öffentlich zu dem Schreiben.